

Sperrfrist: 18.12.2009 09:00 Uhr

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,

sehr geehrte Damen und Herren der Kreistagsfraktionen,

sehr geehrte Gäste,

die Kommunalwahlen am 30. August und die Wiederholungswahl am 13. Dezember haben die politische Landschaft in unserem Kreis Warendorf verändert. Ein wenig im Kreistag, stärker in den Kommunen: die Liste der Bürgermeister ist bunter geworden.

Aber die Probleme- Generationengerechtigkeit und Klimawandel- sind uns erhalten geblieben. Und ihre Lösungen werden schwieriger: denn den Kommunen und Landkreisen drohen empfindliche Einnahmeverluste und höhere Ausgaben insbesondere im Bereich der sozialen Sicherung.

Es wäre an dieser Stelle ein Leichtes, den Großteil der verbleibenden Redezeit mit Kritik an schwarz-gelb in Düsseldorf oder Berlin zu füllen: ob Kinderbildungsgesetz oder Gemeindefinanzierung, ob Steuergeschenke zu Lasten der Kommunen, wie die Abschaffung der Jagdsteuer oder die Auflösung der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitslose – die Nachteile für den Kreis liegen offen auf der Hand.

3 Punkte möchte ich gesondert erwähnen.

1. Zur ARGE: Hartz IV ist mal wieder in der Krise, diesmal aus strukturellen Gründen!

Mit der geplanten Auflösung ist ein gewaltiger bürokratischer Doppelaufwand und eine deutliche Verschlechterung der Leistungen zu befürchten.

Herrn Dr. Börger möchte ich für die Offenheit danken, mit der er im Sozial- und Gesundheitsausschuss seine Enttäuschung über die Auflösung der Arbeitsgemeinschaften zum Ausdruck gebracht hat. Ich hoffe, sein Aufsatz mit dem Vorschlag zur gesellschaftlichen Reorganisation wird in Berlin seine Aufmerksamkeit finden.

2. als Ausblick zum geplanten Betreuungsgeld in 2013:

Das Betreuungsgeld mindert die Chancen von Kindern aus sozial schwachen Familien!

Betreuungsgeld: Diese Idee ist eher rückständig als fortschrittlich. Hier wurde schon in einer Studie der Bertelsmann Stiftung festgestellt, dass ein Betreuungsgeld die Bildungschancen von Kindern aus sozial schwachen Familien mindert. Diese profitieren stark vom Besuch frühkindlicher Bildungseinrichtungen, wie auch in der Glocke vom 04.12. erläutert. Im internationalen Vergleich ist zu belegen, dass die Zahlung

eines Betreuungsgeldes oft dazu führe, dass Kinder aus diesen Familien zu Hause blieben. Wir müssen davon ausgehen, dass diese Wirkungsrichtung dem politischen Ziel der Bundesregierung entspricht. Wir halten das für eine ganz schlechte Politik.

3. zum Kinderbildungsgesetz – kurz KIBIZ.

Das Kibiz geht zu Lasten der Erzieherinnen und somit der Kinder!

Ich bitte Sie: Sprechen Sie mit den Trägern, Leiterinnen und Angestellten der Tageseinrichtungen. Sprechen Sie mit ihnen im vertrauten Kreis. Der Arbeitsdruck hier ist enorm und die Zustände sind nicht zum Vorteil unserer Kinder!

Die Probleme bleiben uns erhalten.

Verehrte Damen und Herren,

.Die Grünen im Kreistag setzen sich für drei Bereiche ein:

1. Verantwortungsvolles soziales Handeln,
2. Umwelt- und Klimaschutz,
3. und ein solide Finanzpolitik.

Unsere Grundsätze sind dabei:

Wir müssen die Schwächsten unterstützen und wir müssen Menschen helfen, sie sich selbst nicht helfen können.

Wir müssen Innovationen nutzen, die uns bei den Herausforderungen im Umwelt- und Klimaschutz voranbringen.

Lassen Sie uns dabei über den Tellerrand schauen. Von guten Beispielen aus anderen Kreisen können wir lernen.

Für unseren Antrag zum Integrationsbericht und zur Integrationsbeauftragten können wir auf die Erfahrungen des (CDU- regierten) Kreises Düren verweisen.

Das Angebot der Energieagentur NRW hat uns in die Richtung des European Energy Award gebracht.

Mit dem Aufgreifen beider Anträge darf sich der Kreis Warendorf zur Spitzengruppe der Landkreise in NRW in den Bereichen Integration und Klimaschutz zählen.

Wir freuen uns, dass die Verwaltung diesen Weg eingeschlagen hat und bitten alle Fraktionen die Verwaltung in diesem Bemühen zu unterstützen.

Investitionen im Sozialen Bereich und im Klimaschutz weisen eine hohe Rendite auf, auch ökonomisch. Wer heute meint, an der Sozialarbeit sparen zu müssen, der wird in einigen Jahren weitaus mehr für Schuldner- und Arbeitslosenberatung, und für Jugendhilfemaßnahmen aufwenden müssen.

Der Klimaschutz bietet obendrein eine effiziente Form der Wirtschaftsförderung. In der Woche des Kopenhagener Klimagipfels muss dieses gesondert erwähnt werden. Der Klimagipfel zeigt, dass alle Staaten die dringende Notwendigkeit zur CO<sub>2</sub>-Reduktion anerkennen, aber keine Bereitschaft besteht einen Schritt nach vorne zu gehen. Jeder befürchtet, dass die anderen einen persönlichen Vorteil aus der Situation ziehen könnte. Beim Klimaschutz steht einigen Staaten schon das Wasser bis zum Hals und wir diskutieren, ob es Sinn macht Geld für einen Rettungsring anzuschaffen!!

Klimaschutz wird nicht in Kopenhagen oder Berlin gemacht, sondern vor Ort. Wir müssen den Herausforderungen des Klimawandels begegnen und unsere Verantwortung übernehmen. Klimaschutz und Energiewende sind auch Wirtschaftsförderung und bieten Arbeitsplätze in der Region. Allein in dem Bereich der ökologischen Erneuerung schätzen wir ein Potential im Kreis Warendorf von gut 1000 Arbeitsplätzen! Lassen Sie uns gemeinsam die Verantwortung dafür übernehmen.

Zum verantwortungsvollen sozialen Handeln gehört auch der sorgsame Umgang mit dem wichtigsten Kapital, das der Kreis Warendorf hat: seine Bediensteten. Deshalb haben wir uns besonders mit dem Personalbericht befasst. Und was wir im Bereich des Rettungswesens vorfanden, hat uns beunruhigt. Der hohe Grad von Überstunden, überhöhter Anteil von Langzeiterkrankungen und ein abnehmender Einsatz von Ehrenamtlichen zeigen Handlungsbedarf auf.

Mit unserem Antrag zum Rettungsdienst haben wir dieses Defizit deutlich gemacht. Hier sind Stellen nicht besetzt und rechtliche Vorgaben wurden verändert, dadurch entsteht die Überlastung der Mitarbeiter. Wir sind besorgt um die Unruhe, die bei den ehrenamtlichen Rettungshelfern wegen der diskutierten Aufwandsregelung entstanden ist. Wir Grüne würdigen an dieser Stelle ausdrücklich das Engagement und den Einsatz der Ehrenamtlichen. Diese Menschen bringen über viele Jahre ihre ehrenamtliche Leistung für die Bürger und Bürgerinnen im Kreis Warendorf ein. Ganz herzlichen Dank an die Ehrenamtlichen und an alle, die sich im Rettungswesen des Kreises Warendorfes einbringen und sich täglich neuen Herausforderungen stellen.

Über eine zusätzliche Stelle im Bereich der Wache in Wadersloh freuen wir uns, denn dort haben sich über 1500 Überstunden angesammelt- jedoch ist diese einzelne Einstellung keine Lösung für die Probleme der Mitarbeiter im Rettungswesen.

Zum verantwortungsvollen sozialen Handeln gehört es auch, die Integration von Zugewanderten dauerhaft in erfolgreiche Bahnen zu lenken. Wir wollten hier klare Strukturen schaffen, in dem die Stelle der Sozialplanerin die Bezeichnung „Integrationsbeauftragte“ erhält. Der Integrationsbericht war nur der erste Schritt. Für glaubhafte und anhaltende Ziele ist es notwendig, diese eh vorhandene Stelle auch entsprechend zu bezeichnen.

Dr. Gericke, machen Sie die Integration zur Chefsache, das wünschen sich auch die VertreterInnen der MigrantInnen. Wir bleiben am Ball und warten gespannt auf den Integrationsbericht im Frühjahr. Weitere Ziele und Handlungsbedarf werden sich daraus ergeben, z.B. die durchgängige Förderung zum Erlernen der deutschen Sprache, ist für eine erfolgreiche Integration zwingende Voraussetzung. Das gerade begonnene Projekt FIT im Kreis Warendorf begrüßen wir sehr.

Sozial verantwortungsvoll ist es, den Schutzinteressen der Menschen Rechnung zu tragen. Deshalb halten wir eine Verbraucherberatung im Nordteil des Kreises für sehr wichtig. Hier soll eine Leistung angeboten werden, von der Die Menschen sehr profitieren können. Mit Freude nehmen wir zur Kenntnis, dass wir im Kreisausschuss eine einstimmige Haltung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen befürwortet haben. Wie schon im Ausschuss möchte ich jedoch betonen, dass Verhandlungen nur zum Ziel einer Vereinbarung führen können, wenn sich beide Seiten kompromissbereit zeigen, um einen Gestaltungsspielraum zu nutzen.

Zum Bereich Freude gehört auch die Anwendungserweiterung für die Familiengutscheine. Im Jugendhilfeausschuss war es uns ein Anliegen, die Familiengutscheine nicht nur in den Einrichtungen „Haus der Familie“ einzutauschen, sondern auch in Familienzentren oder in anderen qualifizierten Bildungsstätten Ziel soll es sein, den Familien vor Ort eine Möglichkeit zur Nutzung zu bieten, ohne erst in andere Städte fahren zu müssen. Wir haben uns darauf geeinigt dem CDU- Antrag zuzustimmen, in dem die Gutscheine in Familienzentren eingelöst werden können.

In der Schulpolitik begrüßen wir das Projekt zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in Zusammenarbeit mit der Mercator Stiftung aufgelegt wurde.

Im Bereich der Kulturförderung im Kreis Warendorf sehen wir die Verwendung von Dividenden des Energiekonzerns RWE nach wie vor problematisch. RWE steht für uns Grüne für das Gestern der Energiepolitik und nicht für das Morgen, auch wenn sich RWE verstärkt den erneuerbaren Energien zuwendet. Dies ist GREENWASHING zur weiteren Durchsetzung von Kohle- und Atomenergie, anstatt des ernsthaften Umstiegs auf erneuerbare Energien.

Erfreulich ist, dass sich der Kreis beim Straßenbau zurück hält. Wir begrüßen, dass hierbei der Radwegebau im Vordergrund steht.

Sehr verehrte Damen und Herren,

ich komme nun zu einem Bereich, der für uns und für mich persönlich eine hohe Bedeutung besitzt.

Hier geht es um Menschen, die eine Behinderung haben, eine schwere oder schwerste Behinderung, sie haben ein Recht auf die Teilhabe am öffentlichen Leben, genauso wie Menschen ohne Behinderung.

Die im März diesen Jahres vom Bundestag und Bundesrat ratifizierte UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichtet die Kommunen und auch den Kreis die Bestimmungen aktiv umzusetzen.

Ich möchte dies noch einmal betonen: eine aktive Rolle. Dies ist die wesentliche Veränderung in den letzten zwanzig Jahren.

Das dies die gesetzlich verlangte Aufgabe der aktiven Gleichberechtigung für über 25.000 behinderte Menschen im Kreis, von ihnen über 5.000 schwerst behinderte, entspricht, daran wagen wir zu zweifeln. Wir fordern nach wie vor eine feste perso-

nelle Zuordnung für diese Aufgabe, übrigens in Übereinstimmung mit der Behindertenbeauftragten der Landesregierung, Frau Gemkow (CDU).

Der Behindertenausschuss mit seinen Richtlinien aus dem Jahre 1990 tagte in der vergangenen Kreistagsperiode ganze dreimal, zuletzt vor über 2 Jahren am 26.09 2007. Meine Damen und Herren, halten Sie dies für eine ausreichende Unterstützung der Behinderten? Hier erwarten wir mehr, viel mehr! Hier fordern wir eine Behindertenbeauftragte. Sie hätte u.a. die Aufgabe, Eltern von Kindern mit Handicaps zu begleiten, um eine zunehmende Beteiligung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu gewährleisten. Dies muss im Kreishaushalt wieder zu finden sein. Die Zielvorgaben und die Kennzahlen sind durch die politisch Handelnden, also durch den Kreistag zu setzen. Das ist zurzeit nicht der Fall.

Unser Antrag wurde abgelehnt.

Nicht die Tatsache, dass unser Antrag abgelehnt wurde, sondern die Art und Weise, wie mit dem Anspruch der behinderten Menschen auf ein gleichberechtigtes Leben umgegangen wurde, ist für uns ein Grund, dem Haushalt des Kreises Warendorf nicht zuzustimmen. Ist doch der Haushalt mehr als ein reines Zahlenwerk, nämlich eine politische Absichtserklärung für die Zukunft.

Aber wir geben die Hoffnung nicht auf.

Und noch einen Hinweis: es gibt mögliche Einnahmefelder im Bereich Außenstände. Vielleicht müssen die Vollstreckungen dafür intensiviert werden.

Ein weiterer Ablehnungsgrund ist die Produktgruppe 0106: 780.000 € für die Verlängerung der Start- und Landebahn des Flughafens Münster-Osnabrück. Ich will dies hier nicht ausbreiten, die Sache scheint ausdiskutiert, es wird nur von Jahr zu Jahr absurder. Schon bei der jetzigen Ausgestaltung des FMO werden die jährlichen Verluste immer höher. Waren es 2006 5% des Eigenkapitals, waren es 2007 bereits 10 % und 2008 13 %. Für 2009 liegen noch keine öffentlich zugänglichen Zahlen vor. Aber Sie können sicher sein, das am Jahresende 40 % des Eigenkapitals „verflogen“ sind. Für den ökonomischen Unsinn der Startbahnverlängerung nur ein kleiner Vergleich. Um die Kosten der Verlängerung zu erwirtschaften, müsste der FMO im Jahr eine Million Fluggäste im Interkontinentalverkehr haben. Diese Zahlen haben die drei konkurrierenden Flughäfen Köln- Bonn, Bremen und Hannover nicht einmal zusammen! Die Möglichkeit mit einem erweiterten Nachtflugangebot die Attraktivität des FMO zu erhöhen, möchte ich hier nicht weiter ausbreiten, es würde sonst vielen Menschen den Schlaf kosten.

Sehr verehrte Damen und Herren,

genügend Gründe für uns, dem Haushalt nicht zuzustimmen, aus sozialen, finanziellen und ökologischen Gründen.

Es ist nun der erste Haushalt der Kreistagsperiode, und wir wollen bei seiner Verabschiedung auch unsere Gesprächsbereitschaft für die kommenden Jahre signalisieren.

Unsere Enthaltung bei der Verabschiedung des Haushaltes ist eine Option auf die Zukunft der Zusammenarbeit im Kreistag – zum Wohle der Menschen im Kreis Warendorf.

Zum Schluss möchte ich noch der Verwaltung für die Unterstützung in den vergangenen Wochen der Haushaltsberatungen meinen Dank aussprechen.

Danken möchte ich auch meiner Fraktion für die gute und zuverlässige Zusammenarbeit in den letzten Monaten.

Ihnen allen wünsche ich frohe Weihnachten und einen besinnlichen Übergang in das Jahr 2010.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

*Cornelia Lindstedt*

Fraktionssprecherin der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen